

Reiner Bernstein\*

## **Der israelisch-palästinensische Konflikt und die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft**

Zwei Jahre nach dem Junikrieg 1967 – der israelisch-ägyptische Abnutzungskrieg am Suezkanal war noch voll im Gange – veröffentlichte die israelische „Bewegung für Frieden und Sicherheit“ mit den Professoren Yehoshua Arieli (Amerikanistik), Akiva Ernst Simon (Pädagogik), Gabriel Stein (Anorganische Chemie), Yaacov Talmon (Politische Wissenschaften) und Zvi Werblowsky (Vergleichende Kulturwissenschaften) ein Friedensprogramm als das „Gebot der Stunde“. In fünf Punkten forderten sie die Aufgabe aller Annexionspläne, die Einwilligung in Verhandlungen mit dem Ziel sicherer und anerkannter Grenzen, die Bereitschaft zur Einbeziehung der „arabischen Einwohner der besetzten Gebiete als einen Faktor und eine Partei“, das Ende der jüdischen Besiedlung der besetzten Gebiete sowie die „Verkündung eines Planes für die Regelung des Problems der arabischen Flüchtlinge, einschließlich der 1967 heimatlos gewordenen Personen“<sup>1</sup>. Die Erklärung kommt uns vertraut vor. Denn sie enthielt politische Abgrenzungen und Forderungen, deren Einlösung bislang ausgeblieben ist.

Auch im Vorfeld der internationalen Nahostkonferenz in Annapolis Ende November 2007 äußerten sich die Repräsentanten der israelischen und der palästinensischen Zivilgesellschaften überwiegend pessimistisch. Nur wenige wollten nach dem siebenjährigen Stillstand seit den Verhandlungen und Gesprächen in Camp David (Juli 2000) und in Taba (Januar 2001) einer Neuaufgabe des Friedensprozesses Aussichten einräumen. Die Skeptiker sollten zunächst recht behalten: Der Ausbau der jüdischen Siedlungen um Jerusalem im Osten (Maale Adumim), in Ariel (im Norden) und Har

---

\* Formalisierte und erweiterte Fassung der Ausführungen auf dem Kasseler Friedensratschlag am 1.12.2007.

2

Homa (im Süden) ging weiter. Die Tageszeitung „Haaretz“ schrieb, dass die Israelis die Welt mit den Siedlungen zum Narren halten wollten und nicht merkten, dass sie sich selbst betrügen würden<sup>2</sup>. Viele hundert Kontrollposten lähmen die Bewegungsfreiheit der palästinensischen Bevölkerung. Nach aktuellen Angaben sind vierzig Prozent der Westbank von jüdischen Siedlungen, „checkpoints“, israelischen Militäranlagen, Naturschutzgebieten und „closed areas“ blockiert<sup>3</sup>. Auf den realen Qassam-Beschuss und auf vermutete Vorbereitungen terroristischer Anschläge antwortet das Militär mit Operationen, zu deren Opfern viele Zivilisten gehören. Der von Hamas betriebene Waffenschmuggel durch die Tunnelanlagen im Süden des Gazastreifens verleiht immer wieder Spekulationen, dass der zehn Kilometer breite Philadelphi-Korridor an der ägyptischen Grenze dauerhaft wiederbesetzt werden könnte. Einseitige militärische „Maßnahmen“ Israels gegen das iranische Atomprogramm sind nicht vom Tisch.

Gleichwohl hat eine neue Dynamik in die israelische Politik Einzug gehalten. Für Shimon Peres nahte nach dem Besuch George W. Bushs in Jerusalem und Ramallah am 9. und 10. Januar 2008 Israels Stunde der Wahrheit, während sich Benjamin Netanyahus Berater Dore Gold veranlasst sah, die Vorstellung zurückzuweisen, dass in Annapolis die Unvermeidbarkeit einer Friedensregelung zu Lasten Israels festgeschrieben worden sei<sup>4</sup>. Großformatige Anzeigen in israelischen Zeitungen verbat sich Interventionen in vermeintlich innerisraelische Angelegenheiten. Die Regierung selbst legte auf die Feststellung wert, dass sie einen souveränen Staat repräsentiere. In seinem Neujahrsinterview 2008 ging Ehud Olmert mit keinem Wort auf die treibende Kraft hinter Annapolis ein, auf Condoleezza Rice, und bezeichnete Bush als „unseren riesigen Freund“ – „Er tut nichts, worin ich ihm nicht zustimme“<sup>5</sup>.

Vor ihrem Amtsantritt hatte Rice den Präsidenten nicht lange um die Zusicherung des direkten Zugangs zu ihm bitten müssen und sein Versprechen erhalten, dass sie auf einen „wirklich freien Staat“ der

Palästinenser hinarbeiten dürfe<sup>6</sup>. Damit schloss sie sich Empfehlungen der „klassischen“ Elite amerikanischer Politikberater und Diplomaten an<sup>7</sup> und versuchte der Kritik des früheren demokratischen Mehrheitsführers im US-Senat, George J. Mitchell, zu widersprechen, dass die Administration von der Außenlinie her verzweifelt die Hände ringe, während die Parteien vor Ort zu einer Vereinbarung unfähig seien. Rice schien sich dessen bewusst zu werden, dass sich die Doppelrolle der USA als Oberschiedsrichter und oberster Friedensstifter nicht vereinbaren lasse, die Bush in Annapolis noch einmal zum Ausdruck gebracht hatte: „*The United States will monitor and judge the fulfillment of the commitment of both sides of the road map.*“ Für die Chefin des State Department müssen alle zentralen Probleme („core issues“) auf den Verhandlungstisch. Nur so ist zu erklären, dass die israelische Regierung in Gesprächen mit den Palästinensern jenseits des öffentlichen „Flutlichts“ (Tzipi Livni) Regelungschancen für Jerusalem auszuloten begann – und dass dieser Vorgang von der Autonomiebehörde verkündet wurde, die ansonsten mit pessimistischen Einschätzungen nicht geizt.

Die Signale von Annapolis haben die Kluft zwischen der Autonomiebehörde und Hamas nicht überwunden, ja die Islamische Widerstandsbewegung kann mittlerweile auch in der Westbank mit einem stabilen Rückhalt rechnen<sup>8</sup>. Allzu langsam wächst die Einsicht, dass die palästinensische Gesellschaft ohne einen nachhaltigen Interessenausgleich im Innern und ohne eine Klärung, welchen politischen Charakter ihr künftiger Staat anstreben soll, vor dem Wagnis steht, die nationalen Ansprüche endgültig aufs Spiel zu setzen.

### Das Problem zivilgesellschaftlicher Optionen

4

Unter den geschilderten Bedingungen stellt sich die Frage, welche Alternativen die Zivilgesellschaften entwickeln können. Sind sie bei der Suche nach Frieden entgegen den im Westen häufig geäußerten Erwartungen eine vernachlässigenswerte Größe? Die den Parteien nahestehenden deutschen politischen Stiftungen und eine Vielzahl anderer NGO's bemühen sich seit langem darum, mit der Bereitstellung von Projektmitteln die Spannungen abzubauen zu helfen. Dass die Hoffnungen auch jenseits des Atlantiks wachsen, hat im Dezember 2007 nach zweijährigem Stillstand das US-Repräsentantenhaus mit der Bereitstellung von neun Millionen US-Dollar für israelisch-palästinensische „People-to-people“-Programme bestätigt. Ohne die erhebliche Erweiterung zivilgesellschaftlicher Ansätze, hieß es in den Antragsunterlagen der „Alliance for Middle East Peace (ALLMEP)“, werde die maßgebliche öffentliche Unterstützung für eine Friedensregelung ausbleiben<sup>9</sup>. Friedenerziehung müsse zum zentralen Element werden, damit die Zivilgesellschaft an Gewicht gewinne, sekundierte zeitgleich der US-Botschafter in Israel, Richard Jones, die Hinwendung zu Basisorganisationen und Schulen<sup>10</sup>.

### *1. Israel – ein Problemüberblick*

Die Friedensszene in Israel steht in ihren Kernbeständen seit Jahr und Tag vor der Gefahr, zwischen Hammer und Amboss zerrieben zu werden. Die heute an der Privatuniversität Herzliya lehrende Soziologin Tamar Hermann hat behauptet, dass der organisierte Friedensaktivismus, gemessen an seinem politischen Einfluss, derzeit gegen Null gehe, es gebe nur noch einige aktive Gruppen<sup>11</sup>. Dennoch sind neben Einzelpersonen, Autoren und Intellektuelle, für die die Siedlungen keine Sicherheitsgarantie, sondern eine moralische und ökonomische Belastung darstellen<sup>12</sup>, viele Gruppen bewundernswert aktiv: so „B'tselem – The Israeli Information Center for Human Rights in the Occupied Territories“, die „Frauen in Schwarz“ mit Freitagsdemonstrationen, die Frauen an den

Checkpoints unter dem Namen „Machsom Watch“, die „Combattants for Peace“, die „das Schweigen brechenden“ Soldaten („Shovrim Shtika“), die „Anarchists Against the Wall“, die israelisch-palästinensische Verbindung „Taayush“, das „Committee Against [Palestinian] House Demolition“, die Menschenrechtsgruppe „Yesh Din“ („Es gibt ein Gesetz“) und Uri Avnerys „Friedensblock“ („Gush Shalom“). Hinzu kommt eine kaum überschaubare Zahl kleiner, thematisch und lokal zentrierter Initiativen, ohne die große Demonstrationen wie jene in Tel Aviv im November 2007 aus Anlass des zwölften Todestages von Yitzhak Rabin nicht denkbar sind. Die meisten von ihnen arbeiten ohne bestellte Führung, ohne eigene Büros und ohne bezahlte Mitarbeiter. Gleichwohl haben sie nach amerikanischen Beobachtungen mehr geleistet als viele „gut geschmierte“ NGO's und soziale Bewegungen<sup>13</sup>. Im Februar 2008 wurde „Peace Now“ die Gemeinnützigkeit entzogen, weil sie sich ihr bildungspolitischer Zweig für die Zweistaatenregelung einsetze<sup>14</sup>.

Politische Apathie hat um sich gegriffen. Der frühere Knesset-Präsident Avraham („Avrum“) Burg (1999 – 2001) mokierte sich über die „stickige Masse“, die zu Entscheidungen über Moralität und Staatsangelegenheiten unfähig sei<sup>15</sup>. Lawrence Davidson, Nahost-Historiker in West Chester (Pennsylvania), beklagte ein „geschlossenes Informationsumfeld“ auf Orwellschem Niveau<sup>16</sup>. Gleiches gilt für die Suche nach einem „Sinn für soziale Solidarität, die in der Wiederherstellung eines homogenen Kollektives verankert ist, das Herkunft, Kultur, Zielsetzungen und Werte miteinander teilt“<sup>17</sup>; sie kommt über Beschwörungen nicht hinaus. Schon den Sammelbegriff „Israel“ soziologisch zu begründen, fällt schwer. Die Millioneneinwanderung aus den Staaten der früheren Sowjetunion hat nicht nur das politische Klima verändert – was sich in Phänomenen wie der Partei „Unser Israel“ von Avigdor Lieberman niederschlägt –, sondern einer Paradoxie Vorschub geleistet: Die Vorstellung von der Einheit des jüdischen Volkes in Israel gehört endgültig der Vergangenheit an – wenn sie jemals mehr war als ein

theologisches Konstrukt. Insofern ist die Friedensszene ein Spiegelbild der Gesamtgesellschaft.

Das herausragende Beispiel für die unübersichtliche Gemengelage ist die Bewegung „Frieden Jetzt“. Während Olmert in der Nachfolge Ariel Sharons das Wort „Besatzung“ in den Mund unverblümt nehme, habe das Friedenslager noch immer nicht gelernt, dass die Rede vom Frieden ohne die Taten zum Frieden in die Intifada führe, bemerkte der diplomatische Korrespondent von „Haaretz“<sup>18</sup>. An die Stelle politischer Geschlossenheit und allseits respektierter Persönlichkeiten mit überzeugender Ausstrahlungskraft ist der Stolz auf den Pluralismus getreten, ohne die Defizite kompensieren zu können.

Damit ist „Peace Now“ in seinem Stellenwert als mitunter lautstark zu vernehmende Stimme nicht abgewertet, doch wäre es verfehlt, in der amorphen Allianz eine ausschlaggebende Kraft erkennen zu wollen. Auch wenn Umfragen regelmäßig eine große Mehrheit für den Frieden mit den Nachbarn ermitteln, sind in den zentralen Fragen wie Siedlungen, „Trennmauern“, Flüchtlinge<sup>19</sup>, Jordantal und Jerusalem<sup>20</sup> – dem „Mikrokosmos aller Konflikte im gesamten Land“<sup>21</sup> – die eindeutigen Alternativen zum Regierungskurs nur schwer auszumachen. Als Inbegriff der „liquiden Modernität“ (Zygmunt Bauman)<sup>22</sup> fehlt es der politisch fragmentierten Mitte und der schwachen Linken an wirksamer Gestaltungskraft, so dass sie den institutionell fest im Sattel sitzenden Gegnern wenig entgegenzusetzen haben. Gravierend fällt überdies ins Gewicht, dass das bürgerliche Sammelbecken im Ruf steht, es sich leisten zu können, Probleme der Sozial- und Wirtschaftspolitik auszublenden. Die Erklärung Daniel Barenboims, dass er aus Protest gegen die Regierungspolitik zusätzlich die palästinensische Staatsbürgerschaft angenommen habe<sup>23</sup>, wurde mit einem Achselzucken quittiert.

In den vergangenen Jahren ist es mit den Vorgaben der Genfer Initiative von israelischen und palästinensischen Politikern,

7

Sicherheitsfachleuten, Wissenschaftlern und Intellektuellen nur einmal gelungen, erhebliche Teile der Öffentlichkeit Israels zu erreichen. Für die Sprunghaftigkeit der öffentlichen Meinung spricht, dass im Dezember 2007 trotz heftiger Gegenpropaganda 47 Prozent der Palästinenser und 53 Prozent der Israelis eine Gesamtlösung auf der Grundlage der Genfer Initiative befürworteten<sup>24</sup>. Kommentatoren verweisen immer wieder auf die Stärke dieses Dokuments<sup>25</sup>. Bei einer international besetzten Konferenz der Genfer Initiative in Herzliya im Januar 2008 unter dem Titel „An Agreement Within a Year“, fiel besonders die politische Leidenschaft auf, mit der alle Referenten ihre Ausführungen würzten<sup>26</sup>.

Die Jugend zeigt sich an der „großen Politik“ kaum interessiert – es sei denn, dass der Status quo des hohen Lebensstandards und der politische Stillstand vor grundlegende Herausforderungen gestellt wären. Zwar zählen unter den 14- bis 18jährigen jüdischen Israelis nur elf Prozent auf die politische Führung, und 35 Prozent können sich eine Auswanderung vorstellen, aber 73 Prozent setzen ihr Vertrauen auf die Streitkräfte, und siebzig Prozent glauben, dass die arabischen Staatsbürger nicht loyal seien<sup>27</sup>. 81 Prozent der Israelis sollen die gezielte Tötung von Palästinensern befürworten, die von der Armee als militant eingestuft werden<sup>28</sup>. Ende 2007 kam eine von der Armee veranlassten Untersuchung ans Tageslicht, wonach ein Viertel aller Soldaten an den Kontrollpunkten aktiv an Menschenrechtsverletzungen gegenüber palästinensischen Zivilisten beteiligt sei oder sie zumindest beobachtete<sup>29</sup> – der 2007 verstorbene Politologe Baruch Kimmerling (Jerusalem) beklagte einen „zivilen Militarismus“. Schon früher hatten Kommentatoren bemerkt, dass sich das Oberste Gericht größter Zurückhaltung in Fragen der nationalen Sicherheit befleißigten und die Überprüfung von Erlassen des Militärs vermieden<sup>30</sup>. Seit der Ernennung von Daniel Friedmann zum Justizminister sieht sich die Dritte Gewalt in ihrer Unabhängigkeit und von der Politisierung der Ernennung ihrer Richter bedroht<sup>31</sup>.

Der säkulare Teil der Zivilgesellschaft gerät gegenüber den vielfältigen Strömungen der religiösen Orthodoxie immer mehr ins Hintertreffen. Das Bedürfnis nach nationaler Sicherheit ist eine Synthese mit religiös hergeleiteten Besitzansprüchen eingegangen, wofür der Begriff „Yeshiva-Nationalismus“ geprägt worden ist<sup>32</sup> – ein Widerspruch in sich, weil der Nationalismus dem Grunde nach ein rationales Phänomen sei, wie der Soziologe Meron Benvenisti bei einer Podiumsdiskussion in Jerusalem ausgeführt hat<sup>33</sup>. Der frühere Direktor des „Jaffee Center for Strategic Studies“ an der Universität Tel Aviv und heutige Ko-Redakteur des Internet-Magazins „bitterlemons“ Yossi Alpher beklagte „eine Art Vetomacht“ der religiösen und säkularen Rechten bei der Räumung der über hundert „outposts“, weil die Siedler zentrale Stellen in der Regierung und im Militär besetzen würden<sup>34</sup>. Nach 1967 haben Teile der Exekutive und der Legislative im Verbund mit religiösen Einrichtungen, bürokratischen Entscheidungsträgern und Siedlungsaktivisten für einen Zangengriff auf die Regierungspolitik gesorgt. Neunzig Prozent palästinensischer Beschwerden sollen bei den Behörden ad acta gelegt worden sein<sup>35</sup>. Bereits in den 1980er Jahren hatte der Jerusalemer Politologe Ehud Sprinzak einen systematischen „Eliten-Illegalismus“ konstatiert<sup>36</sup>. Alle bisherigen Bemühungen sind ins Leere gelaufen, die elf Grundgesetze („Basis Laws“) – „Parlament“, „Grund und Boden“, „Staatspräsident“, „Staatswirtschaft“, „Militär“, „Hauptstadt Jerusalem“, „Rechtswesen“, „Staatskontrolleur“, „Menschenwürde und Freiheit“, „freie Berufswahl“ und „Regierung“ – durch eine Verfassung zu ersetzen, für die sich nach Überzeugung vieler Juristen das deutsche Grundgesetz anbietet.

Eine zusätzliche Zerreißprobe droht der jüdischen Zivilgesellschaft. Selbstbewusste arabisch-palästinensische Staatsbürger begnügen sich nicht länger mit der Forderung nach einem „Staat aller seiner Bürger“, sondern klagen nationale Rechte für den zwanzigprozentigen Bevölkerungsteil ein. Zwischen den arabischen Vertretungskörperschaften scheint es sogar einen Wettlauf um die Vorherrschaft bei der Suche nach politischer Identität zu geben.



Selbst die bisher loyale die drusische Minderheit scheut vor dem Einsatz von Gewalt nicht mehr zurück<sup>37</sup>. Den Repräsentanten der vorherrschenden Variante des zionistischen Ethos steht die Aufgabe bevor, das Postulat vom „jüdischen demokratischen Charakter“ Israels zu erläutern – es sei denn, unter „jüdisch“ wäre lediglich eine quantitative Kategorie gemeint: die Bevölkerungsmehrheit zu wahren<sup>38</sup>.

## *2. Die palästinensischen Gebiete – ein Problemüberblick*

Seit dem Ausbruch der zweiten Intifada ist die Zusammenarbeit zwischen palästinensischen und israelischen Angehörigen der Zivilgesellschaft noch schwieriger geworden, obwohl sie für die Palästinenser zu den Kernstück ihrer politischen Arbeit gehört. An den Enttäuschungen konnten Veranstaltungen in der Türkei (Februar 2007), in der Toskana (Juni 2007) und in Jordanien (Juni & November 2007) wenig ändern. Deshalb ist der Jahresplanung 2007 des bilateralen „Israel/Palestine Center for Research and Information (IPCRI)“ mit Gershon Baskin und Hanna Siniora an der Spitze ein Hang zum Euphemismus nicht abzusprechen: Der größte Erfolg bei politischen Entscheidungsträgern, heißt es dort, sei immer dann zu verzeichnen gewesen, „wenn die Themen klar definiert, prägnant und kohärent waren, so dass zielgerichtete Lösungen offeriert werden konnten“<sup>39</sup>. Immerhin gelang dem im November 2005 gegründeten „Palestinian-Israeli Peace NGOs Forum“ eine gemeinsame Erklärung, in der an die Delegationen in Annapolis appelliert wurde, bis Ende 2008 eine „wahre Friedensvereinbarung“ zustande zu bringen.

Die palästinensische Zivilgesellschaft spielt bei der Suche nach einem Ausgleich auf Augenhöhe mit den Nachbarn eine geringe Rolle. Naturgemäß ist die Bevölkerung an der Bewältigung ihres Alltags stärker interessiert als an Friedensplänen, die sich bisher als Fehlschlag erwiesen haben. Proteste gegen die israelische Politik

gehören zwar zur Tagesordnung, aber kraftvolle Kampagnen zum Zweck der Mobilisierung von Massen mit dem Ziel längerfristiger Strategien finden lediglich ein beschränktes Echo. Initiativen zur Friedenserziehung an Schulen drohen an den Erfahrungen außerhalb der Klassenräume zu scheitern. Die palästinensische Presse – ganz abgesehen von den unter amtlicher Kontrolle stehenden elektronischen Medien – fehlt es häufig an politisch-intellektueller Unabhängigkeit. Die Selbstbeschränkung liegt auf der Linie eines Traditionalismus, der zunächst dem Vertrauen auf ihre Führung verpflichtet ist, bevor sich seine Träger gegen eine Berichterstattung wehren, die durch ihren kommunikühften Stil gekennzeichnet ist.

Insofern hat die Opposition mit ideologischen Vorgaben leichtes Spiel, die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu manipulieren<sup>40</sup>. Fernsehstationen wie „Al-Djazeera“ („Die Landzunge“) erweitern zwar den Blick auf die arabische Welt, verstärken aber den Eindruck des palästinensischen Dilemmas. Manchmal ist man versucht, der Aufforderung des israelischen Kolumnisten Zvi Bar’el einiges abzugewinnen, die Zeit sei gekommen, dass die Araber unter Einschluss der Palästinenser aufhören zu weinen<sup>41</sup>. Der zum israelischen Team der Genfer Initiative gehörende Politologe Menachem Klein hat in seinem jüngsten Buch sein Erstaunen geschildert, wie unvorbereitet die palästinensischen Kollegen in die gemeinsamen Sitzungen kamen<sup>42</sup>. Einrichtungen wie die „Al-Haq“ – die palästinensische Organisation der „International Commission of Jurists“ (Genf) –, die „Arab Reform Initiative“, die „Arab Study Society“, PASSIA – Middle East Media Research Institute“, das „Palestine Center for Human Rights“, die „Palestinian Initiative for the Protection of Global Dialogue & Democracy“ und die „Palestinian Peace Initiative“ agieren relativ einsam. Die Schließung des „Orient House“ in Ost-Jerusalem ist von den israelischen Behörden im Februar 2008 bestätigt worden.

Die Friedensgruppen standen in der Amtszeit Arafats unter der argwöhnischen Beobachtung von Regierungsstellen. Gleiches gilt für arabische Staaten. In Ägypten sind in den letzten Jahren Projektträger hinter Schloss und Riegel gesetzt worden, weil die Arbeit mit auswärtigen Zuwendungen als Hochverrat eingestuft wurden. „Human Rights Watch“ hat im Januar 2008 die USA und die EU aufgefordert, ihre Finanzmittel an Jordanien nur dann auszuzahlen, wenn das Haschemitische Königreich die seit sechs Jahren gültigen Gesetze zur Einschränkung der öffentlichen Versammlungsfreiheit und der Unabhängigkeit von NGO's ändere<sup>43</sup>. Auch in Palästina werden die NGO's zu einem erheblichen Teil, wenn nicht gar überwiegend, aus dem Ausland finanziert. Damit fällt es leicht, ihnen vorzuwerfen, eine informelle und damit politisch unerwünschte „Track-II Diplomacy“<sup>44</sup> zu repräsentieren. Unter der Ägide von Arafats sind verschiedene Anläufe unternommen worden, die ausländischen NGO's unter das Dach eines „Palestinian Non-Governmental Organisations Network (PNGO)“<sup>45</sup> zu zwingen und die Finanzmittel zu kürzen, um sie dem zentralen Kampf um den Staat zuzuschlagen. Die Zivilgesellschaft hat sich verselbständigt. Die Untätigkeit der Regierung in Ramallah in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens hat das Vertrauen in Abbas erheblich beschädigt.

### Deutschlands Naher Osten

Der Bundesregierung steht die Nagelprobe bevor, ob sie in Bushs letztem Amtsjahr die Nahost-Diplomatie unter Führung von Rice unterstützen will. Die Beteiligung an dem umfangreichen Finanzpaket, das im Dezember 2007 bei der Pariser Geberkonferenz im Umfang von 7,4 Milliarden US-Dollar beschlossen wurde, reicht nicht aus.

Jenseits der Kontakte und Verbindungen auf den Gebieten der Kultur, der Wissenschaften, des Handels und der Wirtschaft sind die politischen Beziehungen Deutschlands zu Israel von einer bemerkenswerten Ambivalenz geprägt. Sie ist als die „zwei Dimensionen“ bezeichnet worden: die „reale, aktuelle politische Dimension“ und die „tiefere Dimension“ als Konsequenz der Shoah<sup>46</sup>. Den Verantwortlichen in Berlin mangelt es nicht an Kenntnissen zur Matrix der israelischen Präsenz in den palästinensischen Gebieten, gleichwohl genießt die Jerusalemer Politik das Privileg der Anerkennung ihrer Interpretation vom „Friedensprozess“. Aus der Shoah als der menschlichen und moralischen Katastrophe schlechthin sieht sich die Bundesregierung zu erheblichen politischen Zugeständnissen veranlasst.

Indem Angela Merkel – von Yossi Sarid zu seiner „Frau des Jahres“ 2007 ausgerufen – die transatlantischen Bindungen nach Bush'scher Art zelebriert, scheut sie hinsichtlich des Nahen Ostens vor einer eigenständigen Strategie zurück, obwohl Rice nachdrücklich die Wiedereinsetzung der Diplomatie gegenüber dem Vorrang militärischer Optionen zu betreiben sucht. Von der selbstverständlichen interkontinentalen Partnerschaft, für die der frühere Sicherheitsberater Jimmy Carters, Zbigniew Brzezinski, geworben hat<sup>47</sup>, und von den Ermutigungen der eingangs erwähnten US-Diplomaten ist im politischen Berlin wenig zu spüren. Stattdessen folgt die Bundesregierung anscheinend der Vorstellung, dass Israel ständig vor dem Abgrund der existentiellen Katastrophe stehe. Im Januar 2008 berichtete die israelische Presse freilich unter Berufung auf den Sicherheitsapparat des Landes und die britische Fachzeitschrift „Jane's“, dass die Reichweite der „Jericho-3“-Raketen mehrere tausend Kilometer betrage und dass sie große Atomanlagen zerstören könnten<sup>48</sup>.

Angesichts der offiziellen Abneigung und Zögerlichkeit verwundert es wenig, dass sich die Kluft zwischen der Politik und großen Teilen der öffentlichen Meinung vertieft hat. Vor seinem Abschied aus Berlin

lobte der israelische Botschafter Shimon Stein mehrfach die unverändert positive Einstellung der politischen Eliten und beschwerte sich über den dramatischen Niedergang des israelischen Images in der Bevölkerung. Auch Beamte und Parlamentarier in Berlin bringen ihre Bedenken gegen die israelische Politik zum Ausdruck, insofern erfasste Shimon Stein nur einen Ausschnitt deutscher Stimmungen. Doch allzu häufig geschieht dies mit der Bitte um Wahrung der Vertraulichkeit, um nicht antijüdischer Vorurteile oder gar des Antisemitismus geziehen zu werden. Politisch laufen solche Zweideutigkeiten auf Formen der Schizophrenie hinaus. Sie werden nicht geheilt, wenn gleichsam als Ausgleich für das Missbehagen an der Politik Israels auf Umfragen verwiesen wird, wonach die Palästinenser in der öffentlichen Meinung keinen nennenswerten Vorteil in Deutschland gezogen haben, womit Frustration und Verbitterung erfreulicherweise ausbalanciert seien.

Beides stimmt: Je detaillierter die Geschichte der Shoah unter dem Aspekt breiter Mitwisserschaft und Mittäterschaft dokumentiert wurde, desto höher sind die Schranken geworden, die israelische Politik als Politik von Juden zu kritisieren. Und je schärfer die israelische Politik im Ausland unter kritische Beobachtung geraten ist, desto handfester reagiert sie auf die von ihr definierte Unbotmäßigkeit.

### Einige Schlussfolgerungen und Anliegen

#### **I. Israelische und palästinensische Friedensgruppen**

1. Die Friedensszene unter Israelis und Palästinensern ist alles andere als organisatorisch und weltanschaulich homogen. Sie wird durch Personen geprägt, die sich trotz der Nähe zur Konfrontation die Unabhängigkeit des politischen und moralischen Urteils zu bewahren suchen. Der Aufruf David Grossmans zu „einer

überparteilichen nationalen Eingreifgruppe“ zu Überwindung enger Partikularinteressen<sup>49</sup> findet wenig Beachtung. Auch wenn sich Debatten der Friedensaktivisten in der Politik nicht unmittelbar niederschlagen, besteht ihr wichtigstes Verdienst darin, dass sie Regelungsoptionen offenhalten, die die Regierenden in Jerusalem, Ramallah und Gaza auszublenden suchen oder wo sie Schlussfolgerungen verweigern. Darüber hinaus haben die Friedensgruppen im Ausland manch negative Vorstellung über beide Völker aufgeheilt – eine Leistung, die ihre heutigen Gegner eines Tages zur Dankbarkeit veranlassen wird.

2. Die palästinensische Friedensszene erscheint, auf den ersten Blick paradoxerweise, in ihren Zielvorstellungen (nationale Souveränität, Grenzen, Jerusalem, Flüchtlinge) erheblich geschlossener, steht aber im Innern unter dem Druck der Radikalisierung und Islamisierung von Teilen der Gesellschaft, die im wesentlichen auf die politische Perspektivlosigkeit zurückzuführen sind. Dieser Tatbestand wird zusätzlich durch die Autoritätseinbußen verschärft, denen die Autonomiebehörde und Hamas gleichermaßen ausgesetzt sind.
3. In Israel ist die Losung, den Frieden anzustreben, allgegenwärtig, wobei die enorme Diskrepanz zwischen der Regelmäßigkeit ihrer Rhetorik und der Politik gegenüber den Palästinensern auffällt. Unter Palästinensern selbst werden Friedenslosungen so lange als Schimpfworte gelten, solange keine politischen Fortschritte erkennbar sind.
4. Da das Vertrauen in die Politik auf beiden Seiten gering ist, glauben die Menschen nur das, wovon sie persönlich betroffen sind, hieß es in einem Kommentar<sup>50</sup> – mit dem Ergebnis, dass die Politik von den „*realities on the ground*“ abgehoben handelt und Entscheidungen aus eigener Machtvollkommenheit unter Abwägung des innenpolitischen Kräftespiels fällt.

5. Die Zahl jüdischer Organisationen aus den USA wächst beständig, die das Gespräch mit der Autonomiebehörde suchen.

## **II. Die deutsche Zivilgesellschaft**

1. Die deutsche Zivilgesellschaft, soweit sie am Frieden zwischen Israelis und Palästinensern noch interessiert ist und Bemühungen ihrer Partner vor Ort unterstützen will, muss es lernen, zwischen der Kritik an der israelischen Politik und dem Staat Israel einen deutlichen Trennungsstrich zu ziehen, wenn ihr daran gelegen ist, sich den Vorwurf der kollektiven Dämonisierung und der Dehumanisierung des jüdischen Volkes in Israel zu entziehen. Gespräche mit deutschen Politikern werden nur dann mit Ergebnissen rechnen können, wenn sie praktische politische Vorschläge beinhalten, statt sich in Anklagen über ihre „Versäumnisse“ zu ergehen.
  
2. Dabei sollte niemand dem Glauben anhängen, aus der Ferne den Konflikt im Nahen Osten lösen zu können. Auch jeder Versuch einer Vermittlung oder Mediation ist zum Scheitern verurteilt, zumal wenn er mit moralisch-pädagogischen Handgepäck einherkommt. Amos Oz hat vor der Illusion gewarnt, durch noch so gut organisierte und wohlmeinende „Dialoge“ in einem Drittland die realen Probleme zwischen beiden Völkern aus dem Weg schaffen zu können.
  
3. Erstaunlicherweise sind viele Sympathien, die früher der politischen Persönlichkeit Arafats galten, nicht auf seinen Amtsnachfolger Abbas übertragen worden, sondern auf Hamas. Zur Begründung wird unter anderem darauf verwiesen, dass die Islamische Widerstandsbewegung nicht korrupt und im Januar 2006 als Sieger aus den Wahlen hervorgegangen sei. Solche Lesarten übersehen fünf Einwände:

- a) Der Klientelismus hat längst in die Reihen von Hamas Einzug gehalten, um politische und persönliche Loyalitäten zu kaufen. Die Tunnelanlagen in den Sinai hinein seien zum Schmuggel hauptsächlich von Zigaretten genutzt worden, die beim Verkauf mit Abgaben belegt würden, um die Infrastruktur von Hamas zu sichern und auszubauen<sup>51</sup>.
- b) Der Gazastreifen ist nicht nur ein von Israel ins Werk gesetztes riesiges Gefängnis, sondern auch Hamas hat die dortige Bevölkerung zu Geiseln seiner Unnachgiebigkeit gegenüber Israel und Fatah gemacht.
- c) Abbas ist von einer sechzigprozentigen Mehrheit ins Präsidentenamt gewählt worden.
- d) Hamas verdankt seinen Sieg der technischen Ausgestaltung des Wahlgesetzes und der Zerrissenheit von Fatah. Eine ins Auge gefasste Revision des Wahlgesetzes hat Hamas abgelehnt.
- e) Hamas lehnt westliche Vorstellungen von Demokratie strikt ab, allem voran der ehemalige „Außenminister“ Machmud al-Zahhar. Mehr noch: *„Gaza may have order, but it does not have anything resembling law<sup>52</sup>.“*
4. Die Lösungsqualität theoretischer Konstrukte wie die Schaffung eines gemeinsamen Staates für Juden und Araber zwischen Mittelmeer und Jordansenke ist gleich Null. Er würde den Konflikt verschärfen und auf unabsehbare Zeit verlängern.
5. Zur Revision eigener problematischer Geschichtsbilder gehört die Überwindung des „Tunnelblicks“, der schwerwiegende regionale Konflikte bewusst aus der Urteilsbildung heraushalten will:



- die Rolle der autoritären arabischen Regimes für die dortigen Zivilgesellschaften;
- die andauernde Verfolgung von Bürgerrechtlern in Syrien und die enorme Rechtsunsicherheit in Ägypten, die von „amnesty international“, dem „European-Mediterranean Rights Network“ und dem „Arab Reform Bulletin“ regelmäßig dokumentiert wird;
- das andauernde und sich periodisch gefährlich zuspitzende politische Chaos in Libanon seit dem Scheitern der Wahl eines neuen Präsidenten nach dem Ausscheiden von Emile Lahoud im November 2007;
- der Einfluss des Islam auf arabisches Regierungshandeln trotz bzw. wegen der Inhaftierung Hunderter als militant eingestufte Islamisten.

Niemand sollte sich darüber wundern, dass diese Vorgänge und Entwicklungen in Israel aufmerksam verfolgt werden.

6. In deutsche Nahost-Diskussionen hat zusätzlich zu den aggressiven Untertönen, die ausschließlich Israel gelten, eine tiefe Skepsis Einzug gehalten. Sie zerstört einerseits produktive Energien, die genutzt werden könnten, Alternativen des friedlichen Zusammenlebens von Israelis und Palästinensern zu ermutigen. Andererseits wirft der generelle Argwohn die Frage nach den Motiven auf, warum das Thema in immer neuen redundanten Schleifen traktiert wird. Zu vermuten ist, dass hinter solchen Phänomen das von Tony Judt beschriebene „Dilemma der inkompatiblen Erinnerung“ steckt: die Heranziehung des Nahostkonflikts als Vergleichsmodell zur Shoah<sup>53</sup>. Um beider Missbrauch zu unterbinden, muss die deutsche Verantwortung für den Genozid von Diskussionen um den Nahostkonflikt separat diskutiert werden<sup>54</sup>. Wenn der Psychoanalytiker Dan Bar-On seine Landsleute zu einem Lernprozess aufruft, „die Beziehungen

zwischen beiden Sphären zu beschreiben, weil wir persönlich Teil beider sind<sup>55</sup>, so ist dieser Appell eine innerisraelische Aufforderung, in die sich die Einmischung von außen verbietet, wenn sie nicht in die Gefahr einer Gratwanderung deutscher Entschuldung geraten will.

### III. Die deutsche und europäische Politik

1. Die deutsche (und europäische) Politik kommt nicht umhin, ihr Verständnis zu überprüfen, ob erhebliche Finanztransfers ausreichen, die palästinensische Souveränität vorzubereiten. Aus genuin europäischem Interesse reichen auch politische Deklarationen nicht aus, vielmehr bestätigen sie bei Palästinensern und Israelis die Einschätzung der politischen Handlungsunfähigkeit. Die vielfältigen finanziellen und infrastrukturellen Hilfen für die Palästinenser sind aus humanitären Gründen selbstverständlich<sup>56</sup>, politisch jedoch auf Dauer nur dann zu rechtfertigen, wenn sie mit konkreten Anstößen zur Friedensförderung verknüpft werden.
2. Die europäische Politik wird als Voraussetzung ihres Handelns den Zusammenhang zwischen den Ursachen der palästinensischen Gewalt und Israels fortdauerndem Interventionismus in der Westbank, in Ost-Jerusalem und im Gazastreifen klären müssen. Die Vorstellung, dass Terrorakte und Raketenbeschuss allein den israelischen Siedlungs- und Trennmauerbau herausgefordert hätten, hält der Nachprüfung nicht stand.
3. Die in politischen Narrativen gängige Unterscheidung zwischen „illegalen Außenlagern“ und Siedlungen ist hoch problematisch. Sie folgt der Diskussion israelischer Völkerrechtler um Yehuda Blum, Yoram Dinstein, Meir Shamgar und Shabtai Rosenne<sup>57</sup> nach 1967. Ihre Thesen sind nicht nur vom israelischen Politikbetrieb

breit rezipiert worden, sondern finden sich in der „Road Map“ wieder, die von Israel als Grundlage mit 14 Einschränkungen akzeptiert worden ist. Israelische Kommentatoren haben darauf hingewiesen, dass fast alle „outposts“ mehr oder weniger autorisiert entstanden und ganz offenkundig illegal seien<sup>58</sup>. Der frühere US-Botschafter in Tel Aviv, Martin Indyk, hat für die internationale Diplomatie die Vorgabe geliefert: „*The road map is very clear. It says a settlement freeze, including natural growth*“<sup>59</sup>.

4. Am 19. September 2006 hat Frank-Walter Steinmeier vor dem Bundestag zur Begründung des UNIFIL-Einsatzes vor der libanesischen Küste erklärt:

*„Europa entwickelt sich von einem Flickenteppich heterogener nationaler Interessen zu einer – ich glaube – gemeinsam handlungsfähigen Kraft. Das versetzt uns – mit uns meine ich Europa – in die Lage, jetzt auch im Nahen Osten mitzuhelfen, Frieden zu schaffen und zu sichern. Europa wird künftig – davon bin ich überzeugt – ein Faktor für Frieden, auch im Nahen Osten. Das ist die eigentliche Nachricht, das ist der eigentliche Einschnitt, den wir uns bewusst machen müssen.“*

Bei der Verlängerung des Mandats ein Jahr später enthielt sich der Bundesaußenminister jeder Äußerung in dieser Hinsicht, und die Opposition hat sich nicht geäußert. Wer auch immer im Januar 2009 ins Weiße Haus einzieht, wird seine / ihre Prioritäten auf die Innenpolitik verlagern, auf die Haushalts-, Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Damit kann Europa, wenn es will, den Amerikanern die Teilhabe an der politischen Verantwortung im Nahen Osten anbieten<sup>60</sup>.

Es muss im Interesse aller liegen, dass möglichst rasch Verhandlungsfortschritte erzielt werden. Wenn Abbas und Fayyad ohne sie Anfang 2009 aus dem Amt scheiden, wird die Fraktionierung und die Chaotisierung der Verhältnisse in den

palästinensischen Gebieten noch gefährlichere Dimensionen annehmen. Ähnliches gilt für Israel: Vorgezogene Neuwahlen würden mit großer Gewissheit eine Rechtskoalition ans Ruder bringen. Unter Führung von Benjamin Netanyahu wird sie die verbrauchten Instrumente der Formel „Frieden durch Sicherheit“ bedienen, um einen Vertrag mit den Palästinensern zu vereiteln.

Wenn Olmert und Abbas nicht in der Lage sind, aus eigener Kraft den Konflikt zu beenden, sind zielführende Beiträge der internationalen Gemeinschaft mehr denn je erforderlich. – auch ein stärkeres diplomatisches Engagement arabischer Staaten, vor allem Ägyptens, Saudi-Arabien und Jordaniens; ihre Friedensinitiative von 2002 reicht aufgrund ihrer vagen Formulierungen allein nicht aus. „*Every passing day undermines prospects for a peaceful, enduring solution*“, haben 135 Staatsleute aus aller Welt im Herbst 2006 gewarnt, unter ihnen war Joschka Fischer<sup>61</sup>.

<sup>1</sup> Ein israelisches Friedensprogramm – das Gebot der Stunde. Erklärung der Bewegung für Frieden und Sicherheit, in „diskussion“ 27 (1969), S. 43 f.

<sup>2</sup> Bush, accessory after the facts, in „Haaretz“-online 9.1.2008.

<sup>3</sup> Akiva Eldar. From bad to worse, in „Haaretz“ 23.1.2008, S. 7 (Engl.); ders.: Von einem Misserfolg zum nächst schlimmeren, in „Haaretz“ 23.1.2008, S. 3 (Hebr.).

<sup>4</sup> Dore Gold: Towards Annapolis: Is U.S. Policy Changing on Israel's Rights in a Peace Settlement, in „Jerusalem Center for Public Affairs“ 23 November 2007.

<sup>5</sup> Herb Keinon and David Horovitz: 'Every solution will be painful' (Interview mit Ehud Olmert), in „The Jerusalem Post“-online 3.1.2008.

<sup>6</sup> Glenn Kessler: The Confidante: Condoleezza Rice and the Creation of the Bush Legacy. St. Martin's Press: New York 2007. Auszug bei Glenn Kessler: 'The Confidante', in „The New York Times“ 25 November 2007. Ähnlich Elisabeth Bumiller: Rice, now willing to press Bush, gains influence over U.S. policy, in „International Herald Tribune“ 25.11.2007.

<sup>7</sup> Henry Siegman: The Great Middle East Peace Process Scam, in „London Review of Books“ August 16, 2007; Israel Policy Forum: „A Guide to a Successful November International Conference“, September 26, 2007, mit den Unterschriften von Frederic C. Hof, Samuel W. Lewis, Robert H. Pelletreau Jr., Thomas R. Pickering, Steven L. Spiegel und Edward S. Walker Jr. Außerdem „Failure Risks Devastating Consequences, in „The New York Review of Books“ 54(8November 2007)17, mit den Unterschriften von Brent Scowcroft (former National Security Advisor to President Gerald Ford and President George H.W. Bush; gegenwärtig wird er zu den außenpolitischen Beratern des republikanischen Präsidentschaftsbewerbers John McCain gerechnet); Henry Siegman (US/Middle East Project), Gareth Evans (International Crisis Group); Steven Clemons (New America Foundation/American Strategy Program); Zbigniew Brzezinski (former National Security Advisor to President Jimmy Carter; gegenwärtig wird er zu den außenpolitischen Beratern des demokratischen Präsidentschaftsbewerbers Barack Obama gerechnet); Lee H. Hamilton (former Congressman and Co-chair of the Iraq Study Group); Carla Hills (former U.S. Trade Representative under President H.W. Bush); Nancy Kassebaum-Baker (former

Senator); Thomas R. Pickering (former Under-Secretary of State); Theodore C. Sorensen (former Special Counsel and Advisor to President John F. Kennedy); Paul Volcker (former Chairman of the Board of Governors of the U.S. Federal Reserve System).

<sup>8</sup> Palestinian Center for Policy and Survey Research (Ramallah): A Total Lack of Confidence in the Annapolis Process Keeps Hamas' Popularity Stable Despite Worsening Conditions in the Gaza Strip. Palestinian Public Opinion Poll No. 26, 11-16 December 2007.

<sup>9</sup> Congress Adopts ALLMEP Proposal, Dedicates \$9 Million for People-to-People Projects in the Middle East, Washington, D.C., 21 December 2007.

<sup>10</sup> Richard Jones: Constructing the defenses of peace, in „Haaretz“-online 21.12.2007.

<sup>11</sup> Tamar Hermann, Center for Peace Research, Tel Aviv: „Uns fehlt die zweite Generation“, in „Jungle World“ 1.11.2007.

<sup>12</sup> So etwa der Geschäftsmann Shedon Schreter (Ranana) in seinem Beitrag „Self-defense, not occupation“ in „The Jerusalem Post“-online 6.2.2008. Interessanterweise ließ die Redaktion den Beitrag mehrere Tage auf der Homepage stehen.

<sup>13</sup> Neve Gordon: Israel's Intrepid Peacemakers, in „The Nation“ 30.7.2007.

<sup>14</sup> Dan Izenberg: Peace Now loses registrar's approval, in „The Jerusalem Post“-online 12.2.2008.

<sup>15</sup> Avraham Burg: Time to attack, in „Haaretz“-online 15.8.2007.

<sup>16</sup> Lawrence Davidson: Orwell and Kafka in Israel-Palestine, in „Logos“ 3.1 – Winter 2004.

<sup>17</sup> Yossi Yonah: In Verteidigung der Differenz. Tel Aviv 2005 (Hebr.).

<sup>18</sup> Akiva Eldar. Were are Labor and Meretz, in „Haaretz“-online 24.12.2007.

<sup>19</sup> Palestinian Center for Policy and Survey Research (Ramallah): Joint Israeli-Palestinian Public Opinion Poll, 25 December 2007: Danach verwarfen sich 57 Prozent der palästinensischen Befragten einer Regelung des Flüchtlingsproblems auf der Grundlage der UN-Resolutionen 194 (Dezember 1948) und 242 (November 1967), während 39 Prozent ihr zustimmten. Auf der israelischen Seite lag die Zustimmungsrate bei 44 und die Ablehnungsrate bei 52 Prozent.

<sup>20</sup> Palestinian Center for Policy and Survey Research (Ramallah): Joint Israeli-Palestinian Public Opinion Poll, a.a.O.: Danach sprachen sich jeweils 63 Prozent der Palästinenser und der Israelis gegen eine Teilung der Stadt auf der Grundlage der Clinton-Parameter vom Dezember 2000 aus, während jeweils 36 Prozent einer solchen Regelung zustimmten.

<sup>21</sup> Gershon Bakin: What it takes to be Jerusalem's mayor, in „Jerusalem Post“-online 1.1.2007.

<sup>22</sup> Zygmunt Bauman: Liquid Life. Cambridge 2006.

<sup>23</sup> Vgl. Daniel Barenboim: Israeli and Palestinian, in „International Herald Tribune“ 29.1.2008.

<sup>24</sup> Palestinian Center for Policy and Survey Research (Ramallah): Joint Israeli-Palestinian Public Opinion Poll, 25 December 2007.

<sup>25</sup> Vgl. jüngst etwa Noah Galili: Verliert Olmert die Gewalt über seinen rechten Arm?, in „Yediot Achronot“ 24.12.2007 (Hebr.).

<sup>26</sup> Vgl. dazu meinen Bericht über die Konferenz in der Homepage [www.genfer-initiative.de](http://www.genfer-initiative.de).

<sup>27</sup> Yael Branovsky: Poll: One-third of Israeli youth want to live abroad, in [www.ynetnews.com](http://www.ynetnews.com) 23.12.2007.

<sup>28</sup> Ephraim Yaar and Tamar Hermann: Peace Index: December 2007, ed. by the Tel Aviv University.

<sup>29</sup> B'tselem 16 December 2007: The Israeli army does not do enough to combat abuse of Palestinians, via [www.btselem.org/english/Press\\_Releases/20071216.asp](http://www.btselem.org/english/Press_Releases/20071216.asp). Die Menschenrechtsorganisation bezog sich auf einen Bericht der Tageszeitung „Yediot Achronot“ („Letzte Nachrichten“).

- 
- <sup>30</sup> David Kretzmer: *The Occupation of Justice. The Supreme Court of Israel and the Occupied Territories*. Albany, NY, 2002.
- <sup>31</sup> Yuval Yoaz: Beinisch: Friedmann's bill will politicize judicial appointments, in „Haaretz“-online 2.1.2007.
- <sup>32</sup> Yoram Hazony: *The Zionist Idea and Its Enemies*, in „Commentary“ 101(May 1996)5, S. 30 ff.; ders.: *The Jewish State. The Struggle for Israel's Soul*. New York 2000. Netanyahu bezeichnete den Autor als „meinen begabten Kollegen und Freund“: Benjamin Netanyahu: „A Place Among the Nations. Israel and the World. London et al. 1995, S. 7.
- <sup>33</sup> In einer Antwort auf Lev Greenbergs Buch „Virtueller Frieden, kriegerische Rhetorik am 16.1.2008 im Jerusalemer „Van Leer Insitute“ (s. Anmerkung •).
- <sup>34</sup> Yossi Alpher: *The only way to dismantle outposts*, in „bitterlemons“ 31.12.2007.
- <sup>35</sup> Dan Wischnitzer: *Die Vorposten – das strategische Project Israels gegen die Errichtung eines Palästina-Staates*, 3.2.2008 (vervielfältigtes Manuskript). Die Angabe bezog sich auf das Jahr 2005.
- <sup>36</sup> Ehud Sprinzak: *Illegalism in Israeli Political Culture: Theoretical and Historical Footnotes to the Pollard Affair and the Shin Bet Cover-Up*, in „Jerusalem Quarterly“ # 47/Summer 1988, S.77 ff.; Ehud Sprinzak: *Elite Illegalism in Israel and the Question of Democracy*, in Sprinzak/Diamond (eds.): *Israeli Democracy Under Stress*. Boulder & London 1993, S. 173 ff.
- <sup>37</sup> Jack Khoury: *Jewish-owned home torched in Peki'in by Druze youth*, in „Haaretz“-online 11.2.2008: Der Korrespondent berichtete von einem Anschlag drusischer Jugendlicher auf ein Haus in dem drusischen Ort Peki'in, das an einen Juden verkauft worden war. Im November 2007 war in demselben Ort eine mit Sonnenenergie betriebene Funkanlage angezündet worden.
- <sup>38</sup> Vgl. dazu besonders die Veröffentlichungen von Sergio DellaPergola (Hebräische Universität in Jerusalem) via <http://icj.huji.ac.il/SergioDellaPergola.asp> und von Arnon Sofer (Universität Haifa).
- <sup>39</sup> IPCI 2007: Mandat, Ziele, Arbeitsprogramm, via [www.ipcri.org/files/ipcri-german.html](http://www.ipcri.org/files/ipcri-german.html).
- <sup>40</sup> So der palästinensische Soziologie Khalil Shikaki auf der Konferenz „Ein Abkommen in diesem Jahr“ am 14.1.2008 in Herzliya.
- <sup>41</sup> Zvi Bar'el: *Es ist an der Zeit, dass die Araber aufhören zu weinen*, in „Haaretz“ 13.1.2008, S. B 1 (Hebr.).
- <sup>42</sup> Menachem Klein: *A Possible Peace Between Israel & Palestine. An Insider's Account of the Geneva Initiative*. New York 2007, S. 41 f., 69.
- <sup>43</sup> Human Rights Watch: *Shutting out the Critics. Restrictive Laws Used to Repress Civil Society in Jordan* 19(December 2008)10(E).
- <sup>44</sup> Christopher Ross and Tim Werner: *Non-Governmental Regional Cooperation and Peace Building*, in „Palestine-Israel Journal“ VII(2000)1&2, S. 63 ff.
- <sup>45</sup> Suleiman Abu Dayyeh: *Das besetzte Palästina zwischen Macht und Gerechtigkeit*, in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ vom 2.9.2002, S. 30 ff.
- <sup>46</sup> Dokumentation: *Israel-Tage 9.-10. Mai 2005 der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin und Bonn* anlässlich des 40. Jahrestages der Aufnahme deutsch-israelischer diplomatischer Beziehungen, S. 83. Reinhard Wiemer war Leiter der Zentralabteilung im Berliner Auswärtigen Amt.
- <sup>47</sup> Zbigniew Brzezinski: *Von der Rolle*, in SZ 5./6.2008, S. 2. Schon früher Robert Kuttner: *A conversation with Zbigniew Brzezinski*, in „The American Prospect“ May 20, 2007.
- <sup>48</sup> Yuval Azoulay and Reuters in „Haaretz“ 18.1.2008 (Hebr.); *Israel releases more details on anti-rocket programmes*, in „Jane's Information Group“ 30.1.2007.
- <sup>49</sup> David Grossman: *Wie in blinder Riese*, in „Der Spiegel“ 11.2.2008, S. 110 f.
- <sup>50</sup> Ilan Shahar: *Those who suffered, those who did not*, in „Haaretz“ 24.1.2008, S. 2.

- 
- <sup>51</sup> Nathan J. Brown: The Road Out of Gaza. Policy Outlook, Carnegie Endowment for International Peace, February 2008. Der Autor lehrt Politische Wissenschaften und Internationale Politik und ist Direktor des „Middle East Studies Program“ an der George Washington University in Washington, D.C.
- <sup>52</sup> Nathan J. Brown: The Road Out of Gaza. Policy Outlook, Carnegie Endowment for International Peace, February 2008.
- <sup>53</sup> Tony Judt: Das Problem des Bösen im Europa der Nachkriegszeit, in SZ 7.1.2008, S. 12.
- <sup>54</sup> Judith Bernstein: „Lassen wir die Shoah dort, wo sie hingehört: in Deutschland und Europa als immerwährende Mahnung“, via [www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Nahost/shoa.html](http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Nahost/shoa.html).
- <sup>55</sup> A letter to Sami (Adwan) from Dan (Bar-On), a.a.O.
- <sup>56</sup> Steven Erlanger, a.a.O., berichtete, dass die EU Treibstofflieferungen in den Gazastreifen bezahlt hat.
- <sup>57</sup> Yehuda Z. Blum: The Missing Reversioner: Reflections on the Status of Judea and Samaria, in „Israel Law Review“ 279 (1968); Yoram Dinstein: The United Nations and the Arab-Israeli Conflict, in John Norton Moore (ed.): The Arab-Israeli Conflict. Readings and Documents. Princeton, N.J., 1977, S. 566 ff.; ders.: War, Aggression, and Self-Defense. 4<sup>th</sup> Edition: Cambridge University Press 2005; Meir Shamgar: The Observance of International Law in the Administered Territories, in John Norton Moore (ed.): The Arab-Israeli Conflict, a.a.O., S. 489 ff.; Shabtai Rosenne: Directions for a Middle East Settlement–Some Underlying Legal Problems, in John Norton Moore (ed.): The Arab-Israeli Conflict, a.a.O., S. 665 ff.; ders.: Legal Interpretations of UNSC 242, in „Building Blocks of Peace-Making“, Washington Institute for Near East Policy 1993; ders.: The Perplexities of Modern International Law. The Hague International Law Monographs, 2/2003; Ruth Lapidoth: Security Council Resolution 242 at Twenty-Five, in „Israeli Law Review“ 26(1992). Kritisch Eyal Benvenisti: The International Law of Occupation, Princeton and Oxford 1993, S. 107 ff.
- <sup>58</sup> Yossi Alpher: The only way to dismantle outposts, in „bitterlemons“ 31.12.2007; Barak Ravid: PM to assure Bush he will dismantle illegal outposts, in „Haaretz“-online 7.1.2008.
- <sup>59</sup> Zit. bei Tovah Lazaroff und Hilary Leila Krieger: US remains ambiguous over settlement construction rules, in „The Jerusalem Post“ 1.12.2007.
- <sup>60</sup> Robert Kuttner: A conversation with Zbigniew Brzezinski, in „The American Prospect“ May 20, 2007.
- <sup>61</sup> Crisis Group's 2006 Middle East Initiative, 22 September 2006.